

II-1790 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 9031J

DRINGLICHE ANFRAGE

1980 -12- 15

der Abgeordneten Dr. Mock, Dr. Kohlmaier, Dr. Schüssel, Steinbauer  
und Genossen  
an den Bundeskanzler  
betreffend die Entlassung von Dr. Hannes Androsch aus  
seinen Regierungsfunktionen

Bundeskanzler Dr. Kreisky hat in den letzten Monaten  
zweimal vor dem Nationalrat erklärt, daß er nicht bereit  
sei, Finanzminister Dr. Androsch dem Bundespräsidenten  
zur Entlassung vorzuschlagen. Dreimal hat die sozialisti-  
sche Mehrheit des Nationalrates in dieser Zeit Mißtrauens-  
anträge der ÖVP gegen Dr. Androsch abgelehnt. Zuletzt am  
2. Dezember 1980. Neun Tage nach diesem Vertrauensbeweis  
der SPÖ für ihren stellvertretenden Parteivorsitzenden  
beschloß am Donnerstag, dem 11. Dezember 1980, der Partei-  
vorstand der SPÖ die Entlassung von Dr. Androsch aus allen  
seinen Regierungs- und fast allen seinen Parteifunktionen.

Gleichzeitig wurde aber auch von der Sozialistischen Partei  
beschlossen, Dr. Hannes Androsch zum Generaldirektor der  
größten österreichischen Bank, der "Creditanstalt-Bankverein",  
zu machen.

Sosehr es die Österreichische Volkspartei begrüßt, daß Vizekanzler Dr. Androsch, der seit mehr als zwei Jahren Gegenstand der öffentlichen Kritik ist, endlich Konsequenzen ziehen muß, sosehr verurteilt es die ÖVP, daß jener Mann, der für den größten Verschwendungs- und Korruptionsskandal der 2. Republik Verantwortung trägt, nunmehr mit dem Posten eines CA-Generaldirektors belohnt wird.

Finanzminister Dr. Androsch war unter dem Druck der öffentlichen Meinung von seiner Partei nicht mehr zu halten,

- o weil er als Finanzminister gemeinsam mit dem Wiener Bürgermeister Gratz die politische Verantwortung für Fehlplanung, Verschwendung und Korruption beim Bau des AKH-Wien trägt;
- o weil er mit seiner Steuerberatungsfirma "Consultatio" eng mit Firmen verflochten ist, die beim AKH Aufträge zugeschanzt erhielten und überhöhte Preise verlangten;
- o weil er mit Personen in enger Verbindung stand, die in das "100-Millionen-Ding" des Gesundheitsministers ebenso verquickt sind, wie in die Verfahren und Untersuchungen des AKH-Skandals;
- o weil er sich schließlich persönlich 500.000,-- Schilling als Zinsenvorteil bei Kreditgeschäften zulasten von Versicherten verschaffte, obwohl er selbst Chef der Versicherungsaufsicht war.

- 3 -

Die sozialistische Partei war aber leider nicht bereit, aus dem politischen Fehlverhalten ihres stellvertretenden Parteivorsitzenden die volle Konsequenz zu ziehen. Sie diktiert dem Aufsichtsrat der größten österreichischen Bank ihren neuen Generaldirektor und will sich mit Parteibeschluss über die Zuständigkeit des gesetzlich dafür berufenen Organs hinwegsetzen.

Die ÖVP sieht in dieser Vorgangsweise eine schwere Belastung des innenpolitischen Klimas in Österreich.

Der innere Friede Österreichs hat seine Ursache vor allem darin, daß es zum politischen System gehört, Mehrheiten nur behutsam einzusetzen und der Zusammenarbeit einen höheren Stellenwert einzuräumen, als der politischen Konfrontation. Dies fand auch seinen sichtbaren Ausdruck in der im Ausland oft als beispielhaft zitierten Sozialpartnerschaft.

Die SPÖ hat diesen Grundkonsens der gegenseitigen Achtung bereits mehrmals schwer verletzt;

- o als die sozialistische Mehrheit 100.000 Österreichern das Wahlrecht zur Arbeiterkammer entzog;
- o als die sozialistische Mehrheit demonstrierte, daß sie sich ihre Kontrollorgane selbst aussuchen will;

- 4 -

- o als die sozialistische Mehrheit Leitlinien zur Verhinderung und Unterdrückung von Bürgerinitiativen ausarbeiten ließ;
- o als die sozialistische Mehrheit das geheime Wahlrecht im ORF abschaffen wollte;
- o als die sozialistische Mehrheit immer wieder Untersuchungsausschüsse ("100-Millionen-Ding") gegen Minister ablehnte und so wichtige Aufklärungstätigkeiten des Nationalrates behinderte.

Mit dem Wechsel des gestürzten Vizekanzlers auf den wichtigen ~~den~~ Posten eines Generaldirektors der CA unternimmt die SPÖ nunmehr den Versuch, unter totaler Ausnützung ihrer Mehrheit ihren Machtbereich wesentlich und überproportional auszuweiten. Sie tut dies auch im Bewußtsein, daß diese Vorgangsweise für den nicht-sozialistischen Teil Österreichs eine Provokation darstellt.

Die ÖVP warnt die Sozialisten, die von den Österreicherinnen und Österreichern gewollte Gesprächsfähigkeit und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit der gesellschaftspolitischen Gruppen zu gefährden und damit das innenpolitische Klima zu vergiften.

- 5 -

Die ÖVP warnt die Sozialisten davor, die Partei über den Staat zu stellen und Machtpositionen schrankenlos auszubauen.

Die ÖVP warnt die Sozialisten davor, politische Moral so umzukehren, daß jene, die für öffentliche Ämter nicht mehr tragbar sind, durch hochbezahlte Posten belohnt werden.

Angesichts der Entwicklungen, die der "Fall Androsch" in den letzten Tagen genommen hat, stellen die unterfertigten Abgeordneten folgende

A n f r a g e :

- 1) Wann werden Sie den Finanzminister gemäß Artikel 7o Abs. 1 B-VG dem Bundespräsidenten zur Entlassung vorschlagen?
- 2) Welche neuen Fakten haben Sie bewogen, am 9. Dezember 1980 einer Entlassung von Vizekanzler Androsch zuzustimmen, obwohl Sie noch am 2. Dezember 1980 für ihn eingetreten sind?
- 3) Wen werden Sie dem Bundespräsidenten als neuen Finanzminister zur Ernennung vorschlagen?
- 4) Halten Sie einen Mann, der als Finanzminister persönliche Interessen und politische Funktionen eng miteinander verquicke nun nachdem Sie selbst in diesem Zusammenhang die Frage der moralischen

- 6 -

Qualifikation in die Diskussion geworfen haben, für geeignet, den einflußreichen Posten eines Generaldirektors der größten österreichischen Bank zu übernehmen?

- 5) Wie haben Sie sich, bevor Sie am 9. Dezember verkündet haben, daß Dr. Androsch Generaldirektor der "Creditanstalt" wird, vergewissert, daß die Aufsichtsräte dieser Bank diesen Parteibeschuß vollziehen werden?
- 6) Halten Sie es mit den von Ihnen ins Gespräch gebrachten Vorstellungen über politische Moral für vereinbar, daß Dr. Androsch mit den Stimmen von Personen in den Vorstand der Creditanstalt gewählt werden soll, die persönlich in die "Androsch-Affäre" verstrickt sind (Dr. Schärf, Dr. Göttlicher)?
- 7) Halten Sie es für zulässig, daß Dr. Androsch zu einem Zeitpunkt als CA-Vorstandsmitglied vom Aufsichtsrat bestellt werden soll, zu dem er selbst Eigentümer-Vertreter des Bundes bei dieser Bank ist?

- 7 -

- 8) Galt Ihre Äußerung, daß auf ein Regierungsmitglied nicht der "Schimmer eines Verdachtes" fallen darf, zwar für Androsch als Vizekanzler und Finanzminister, nicht aber für Dr. Androsch als Generaldirektor der größten österreichischen Bank?
- 9) Halten Sie es dem Ruf der größten österreichischen Bank für zuträglich, daß eine Person mit dem Vorstandsvorsitz betraut werden soll, die als Regierungsmitglied unter dem Druck der öffentlichen Meinung dem Bundespräsidenten zur Entlassung vorgeschlagen werden muß?

Gemäß § 93 der GO des NR wird beantragt, diese Anfrage als dringlich zu behandeln und dem Erstunterzeichner Gelegenheit zur Begründung zu geben.